

Slowakische Republik

Gesamteinschätzung

Entgegen der weltweit zunehmenden Wachstumsabschwächung konnte die Slowakische Republik im abgelaufenen Jahr ihr Wirtschaftswachstum beständig auf 3,9% im vierten Quartal gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum steigern und damit seit 1998 die höchste Zuwachsrate erzielen. Im Jahresdurchschnitt belief sich der BIP-Anstieg auf 3,3%. Für die Abkoppelung vom globalen Trend war die starke Binnennachfrage verantwortlich: die aggregierte heimische Verwendung nahm 2001 um real 7,3% zu. Die größte Dynamik entfalteten dabei die Bruttoinvestitionen (real +13,7%), gefolgt von einem Anstieg des Staatsverbrauchs (real +5,2%) und der Belegung des privaten Konsums (real +4%).

Diese Entwicklung wird allerdings von einer Verschlechterung des Außenbeitrags und einer nachlassenden Fiskaldisziplin begleitet. Während der Exportanstieg im Jahr 2000 noch wesentlich zum BIP-Auftrieb beitrug, hatte der signifikante Anstieg des Handelsbilanzdefizits 2001 auf 2,1 Mrd. USD (10,7% des BIP) einen negativen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum. Im Sog einer boomenden Binnenkonjunktur führte das hohe Importwachstum von Gütern und Dienstleistungen (real +11,7%) gegenüber einem realen Exportwachstum von 6,5% auch zu einer beträchtlichen Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits auf -1,8 Mrd. USD (rund 9% des BIP). Die Lage der öffentlichen Finanzen blieb weiterhin angespannt. Einschließlich der Aufwendungen für die Restrukturierung des Bankensektors in Höhe von 8 Mrd. Sk (rund 0,2 Mrd. USD) wurde das Zentralbudget für das abgelaufene Jahr mit einem Defizit von 44,4 Mrd. Sk (4,6% des BIP) ausgewiesen, während sich das konsolidierte Haushaltsdefizit ohne Einbeziehung der Privatisierungseinnahmen auf 3,7% des BIP belief. Ohne Berücksichtigung der Auszahlungen aus gewährten Krediten und erworbenen Gesellschaftanteilen (netto) betrug das konsolidierte Haushaltsdefizit 5,6% des BIP. 2002 wird sich das „doppelte Defizit“ weiterhin auf einem hohen Niveau bewegen. Sorgen bereitet darüber hinaus die weiterhin hohe Arbeitslosenquote, die Ende 2001 auf 18,6% (registrierte Arbeitslose) gestiegen ist. Demgegenüber konnten bei der angestrebten Eindämmung der Inflation Erfolge verzeichnet werden. Der Inflationsanstieg hat sich im Jahresdurchschnitt 2001 bezogen auf die Verbraucherpreise auf 7,3% deutlich verlangsamt, wobei der Ölpreisverfall auf dem Weltmarkt dieser Entwicklung zur Hilfe kam.

Vor allem die politische Entwicklung stellt weiterhin einen Risikofaktor für die Fortsetzung des Reformpfades der Slowakei und den Beitritt sowohl in die EU als auch in die NATO dar. Umfragen im Vorfeld der im September dieses Jahres stattfindenden Parlamentswahlen deuten auf einen Wahlsieg des Expremiers Meciar hin. Wachsende Unstimmigkeiten in der breiten Regierungskoalition haben in den letzten Monaten den wirtschaftspolitischen Reformprozess negativ beeinträchtigt.

Produktion und Verwendung des BIP

Trotz der weltweit zunehmenden Wachstumsabschwächung konnte die Slowakische Republik im vergangenen Jahr eine um 1,1 Prozentpunkte höhere Zuwachsrate des BIP erzielen als im Jahr 2000. Der reale Zuwachs des BIP von 3,3 % im gesamten Jahr 2001 übertraf zugleich die von Wirtschaftsexperten sowie der Slowakischen Zentralbank aufgestellten Prognosen. Damit konnte die Slowakei ihr Wirtschaftswachstum, das sich 1999 unter dem unmittelbaren Einfluss der angelaufenen Austeritätsprogramme deutlich auf 1,9% abschwächte, kontinuierlich steigern. Das reale BIP stieg im Verlauf der letzten zwei Jahre – mit Ausnahme des zweiten Quartals 2001 – sukzessive auf 3,9% im vierten Quartal 2001 (gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum) an. Allerdings wird diese Entwicklung von einer nachlassenden fiskalischen Disziplin und einer Verschlechterung des Außenbeitrags begleitet.

Während die Exporte im Jahr 2000 der wesentliche Antriebsfaktor für das BIP-Wachstum waren,

hatte der signifikante Anstieg des Handelsbilanzdefizits 2001 auf über 10% des BIP einen negativen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum. Im Sog einer starken Binnenkonjunktur trug das hohe Importwachstum von Gütern und Dienstleistungen (real +11,7%) gegenüber einem realen Exportwachstum von 6,5% ebenfalls zu einem beträchtlichen Leistungsbilanzdefizit von rund 9% des BIP bei.

Die aggregierte heimische Verwendung legte 2001 um real 7,3% zu. Dabei entfalteten die Bruttoinvestitionen mit einer Zunahme von 13,7% (2000: 1,8%) die größte Dynamik. Nach der rückläufigen Entwicklung der realen Bruttoanlageinvestitionen in den letzten beiden Jahren (1999: -18,8%; 2000: -0,7%) stiegen sie 2001 um beachtliche 11,6% an. Die dynamische Entwicklung der Investitionen spiegelt sich auch in den Investitions- und Modernisierungsvorhaben ausländischer Investoren in den slowakischen Unternehmen wider. Der Anstieg der Bruttoinvestitionen wurde von einer Zunahme des Staatsverbrauchs um real 5,2% und der Belegung des privaten Konsums um real 4% begleitet. Für das Wachstum des privaten Verbrauchs waren neben

dem verhaltenen Anstieg der Realeinkommen und der Beschäftigung vor allem die Auszahlung der National Property Fund Bonds von Bedeutung. Der Aufwärtstrend der privaten Konsumnachfrage schlug sich auch in einer Zunahme des Einzelhandelsumsatzes 2001 um real 4,5% nieder.

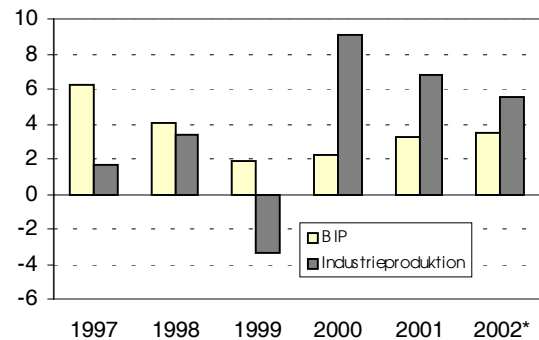
Auf der Entstehungsseite trug die Industrieproduktion, die – beeinflusst von der geringeren Auslandsnachfrage – schwächer ausfiel als 2000, mit einem Anstieg von real 6,9% (bereinigt um den Einfluß der Anzahl der Arbeitstage) wesentlich zum BIP-Wachstum im letzten Jahr bei. Dabei blieb das verarbeitende Gewerbe mit einer Steigerungsrate von 9,8% auch 2001 der Wachstumsmotor der Industrieproduktion. Demgegenüber nahm der Output im Bergbau gegenüber 2000 um 13% sowie in der Wasser-, Gas- und Stromversorgung um 1,6% ab. Deutlich überdurchschnittliche Zuwächse innerhalb des verarbeitenden Gewerbes verzeichneten die Segmente der elektronischen und optischen Ausrüstungen (+30,9%), der Transportausrüstungen (+13,7%) sowie der Lederprodukte (+12,2%). Die temporäre Verringerung der Produktion bei Volkswagen in der Slowakei, die einen großen Anteil an der Industrieproduktion stellt, hat dabei in starkem Maße die Entwicklung der Transportausrüstungen betroffen. Sie verzeichnet seit November letzten Jahres einen rückläufigen Output (November 2001 bis Februar 2002 real -8,3% gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum).

Die Leistungen der Bauwirtschaft haben sich gegenüber 2000 um real 0,8% geringfügig gesteigert. Sie wurden vom Wachstum der Neubau-, Rekonstruktions- und Modernisierungsaktivitäten (real +1,8%) sowie der Reparaturen und Instandhaltungen (real +6,6%) getragen, während die Auslandsaktivitäten real um 9,2% zurückgingen. Die Verschlechterung der konjunkturellen Lage in Westeuropa sowie verhaltene Investitionen der öffentlichen Hand in den Straßen- und Hausbau haben seit August letzten Jahres allerdings Produktionsrückgänge in der Bauwirtschaft nach sich gezogen (August 2001 bis Februar 2002 real -4,4% gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum). In Abhängigkeit von der Entwicklung der Staatsaufträge, von denen die Bauwirtschaft in hohem Maße abhängig ist, könnte sich die Situation im Baugewerbe im gesamten Jahr 2002 jedoch verbessern; im Haushaltsplan 2002 ist beispielsweise eine Ausgabenerhöhung für den Straßenbau von knapp 40% gegenüber dem Vorjahr veranschlagt.

Für das laufende Jahr wird mit einem weiteren Anstieg des BIP von mindestens 3,5% gerechnet. Dabei ist davon auszugehen, dass die private Konsumnachfrage von den Impulsen der Investitionen sowie den Lohnerhöhungen profitieren wird. Wie schnell sich eine Verbesserung der Außenhandelsentwicklung einstellen wird, hängt stark vom weltwirtschaftlichen Wachstum ab. Eine anhaltende Schwäche der Auslandsnachfrage während der nächsten Monate könnte insbesondere das verar-

beitende Gewerbe beeinträchtigen. Ob die positiven Erwartungen für das slowakische Wirtschaftswachstum erfüllt werden, hängt nicht zuletzt wesentlich von den Reformanstrengungen der Regierung, vor allem im Bereich der Fiskalpolitik, ab. Die politische Unbeständigkeit dürfte sich in diesem Zusammenhang negativ auf den Zufluss von Direktinvestitionen auswirken.

Reales Wirtschaftswachstum
Veränderung gg. Vorjahr in %



* Prognose.

Arbeitsmarkt

Die hohe Arbeitslosigkeit bleibt weiterhin ein wesentliches Problem der slowakischen Wirtschaft. Ende 2001 erhöhte sich die Arbeitslosenquote im Vergleich zum Dezember 2000 um 0,7 Prozentpunkte auf 18,6% (registrierte Arbeitslose) und erreichte Ende Februar 2002 19,6%. Legt man die auf der Basis der ILO-Methode ermittelten Labour Force Survey-Berechnungen zugrunde, fiel die Arbeitslosenquote am Ende des vergangenen Jahres mit 19,2% noch höher aus. Damit verzeichnet die Slowakische Republik zugleich die höchste Arbeitslosigkeit der EU-Beitrittskandidaten, und mit einer Entspannung ist kurzfristig nicht zu rechnen.

Auffallend schlecht stellte sich die Arbeitsmarktsituation für Berufseinsteiger und solche Personen dar, die zuletzt in der Industrie tätig waren. Der Anteil der Arbeitslosen dieser Gruppen betrug zum Jahresende 2001 jeweils 22% und fiel damit weit höher aus als der Arbeitslosenanteil der übrigen Branchen. Der Grund für die hohe Arbeitslosigkeit junger Personen liegt in dem starken Zustrom geburtenstarker Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt, verbunden mit einer häufig nicht den Anforderungen entsprechenden Ausbildung der Absolventen. Darüber hinaus konnten die anhaltenden Entlassungen infolge der Restrukturierung slowakischer Unternehmen, insbesondere in der Landwirtschaft und der Schwerindustrie, nicht durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die vor allem im Dienstleistungssektor stattfand, kompensiert werden. Auch die von der Regierung seit über zwei Jahren durchgeführten Beschäfti-

gungsprogramme haben sich in der Regel nur in einer temporären Entlastung der Arbeitslosenstatistik niedergeschlagen. So ist der Anstieg der Arbeitslosenquote im Winter 2001/2002 nicht nur auf die saisonalen Arbeitseinschränkungen, sondern vor allem auch auf die Rückkehr der bei gemeinnützigen Organisationen beschäftigten Personen in den Arbeitslosenstatus zurückzuführen.

Ein wesentlicher Indikator für die trotz der langsamen Belebung der slowakischen Wirtschaftstätigkeit beharrlich hohe Arbeitslosenquote ist der starre Arbeitsmarkt. Verantwortlich hierfür ist vor allem der hohe Regulierungsgrad, verbunden mit großen bürokratischen Hürden, vor denen insbesondere kleine Unternehmen stehen. Ein weiteres Problem bildet in diesem Zusammenhang die unverändert geringe Mobilität der Arbeitskräfte, die durch die anhaltende Wohnungsknappheit noch verschärft wird. Die eingeschränkte Verfügbarkeit von Wohnraum trägt ebenfalls zu den sich seit mehreren Jahren verstärkenden regionalen Disparitäten sowohl im Hinblick auf die Arbeitslosenquote, als auch bezüglich des Lohnniveaus bei. Infolge des relativ hohen Arbeitslosengeldes sowie hoher anderer sozialer Zuwendungen (in Relation zum Mindestlohn) besteht darüber hinaus nur ein geringer Anreiz zur Annahme einer Beschäftigung. Während das Arbeitslosengeld in Höhe von 3.180 Sk ausbezahlt wird, liegt der monatliche Mindestlohn vor Steuern aktuell bei 4.900 Sk. Vor diesem Hintergrund verwundert es kaum, dass mehr als die Hälfte der arbeitslosen Personen länger als 1 Jahr arbeitslos gemeldet ist.

Trotz des Anstiegs der Arbeitslosenquote kam es 2001 im Vergleich zum Vorjahr erstmals nach mehreren Jahren wieder zu einem leichten Anstieg des Beschäftigungsniveaus um 1%. Diese Entwicklung beruht darauf, dass die Zunahme der arbeitsfähigen Bevölkerung (+1,7%) höher ausfiel als der absolute Beschäftigungsanstieg. Beschäftigungszuwächse verzeichneten dabei gemäß dem Labour Force Survey insbesondere der Sektor Immobilien und sonstige Aktivitäten (+14,9%), das Bildungs- und Schulwesen (+4,5%), die Industrie (+2,2%) sowie das Baugewerbe (+1,1%). Dagegen setzte sich der Abbau der Beschäftigung in der Landwirtschaft mit 6,6% fort. Auch im Bereich Transport, Post und Telekommunikation (-3%) und im Gesundheitswesen (-2,9%) nahm die Anzahl der Beschäftigten ab.

Nachdem sich der Anstieg der Nominallöhne 1999 und 2000 abgeschwächt hatte, stiegen die durchschnittlichen Brutto-Nominallöhne im vergangenen Jahr um 8,2%. Das Wachstum fiel damit um 1,7 Prozentpunkte höher aus als 2000. Infolge des schnelleren Wachstums der Nominallöhne sowie aufgrund des im Vergleich zu den beiden Vorjahren geringeren Anstiegs der Konsumgüterpreise kam es 2001 nach einem zweijährigen Rückgang zu einem moderaten Zuwachs der Reallöhne um 0,8% (1999: -3,1%; 2000: -4,9%). Die Produktivitätsrate überstieg dabei die Dynamik der Lohnentwicklung um 1 Pro-

zentpunkt (konstante Preise). Das abgeschwächte Wachstum der Produktivität, das 2001 1,8% betrug (2000: 2,8%, jeweils konstante Preise), wird auf das höhere Beschäftigungsniveau zurückgeführt. Für 2002 ist insbesondere aufgrund der im Oktober 2001 angehobenen Mindestlöhne und der fragwürdigen Pläne der Politikverantwortlichen, die Löhne und Gehälter des öffentlichen Sektors um ca. 15% anzuheben, mit einem deutlich stärkeren Lohnwachstum zu rechnen.

Geld- und Fiskalpolitik

Im vergangenen Jahr hat sich entsprechend den Erwartungen die Inflation deutlich verlangsamt, wobei der Ölpreisverfall auf dem Weltmarkt dieser Entwicklung zur Hilfe kam. Während die durchschnittliche Inflationsrate der Verbraucherpreise 2001 gegenüber 2000 um 4,7 Prozentpunkte auf 7,3% gefallen ist, lagen die Konsumgüterpreise im Dezember letzten Jahres um 6,5% über dem gleichen Vorjahresmonat (2000: 8,4%). Für ihren Anstieg war vor allem die Erhöhung der regulierten Preise verantwortlich, von denen diejenigen für Mieten, Wasser, Elektrizität, Gas und sonstige Brennstoffe Ende 2001 um 13,1% angehoben wurden. Die Post- und Telekommunikationspreise verzeichneten im Dezember 2001 einen Anstieg um 28,3% (jeweils gegenüber dem Vorjahresmonat). Die Rate der Kerninflation (bereinigt um den Einfluss regulierter Preise und anderer administrativer Maßnahmen auf die Preisentwicklung) behielt mit 3,2% zum Jahresende ihren fallenden Trend bei und blieb unter dem angenommenen Zielkorridor der Slowakischen Nationalbank für 2001 (3,6% bis 5,3%).

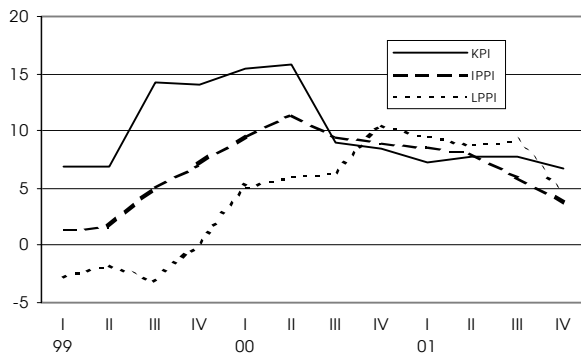
Ab 2002 liegt den Berechnungen der Konsumgüterpreise eine veränderte Zusammensetzung und eine neue Gewichtung des Warenkorbs auf der Basis der Preise von 2000 zugrunde. Unter Berücksichtigung des geänderten Warenkorbs betrug der Anstieg der Verbraucherpreise 2001 6,4%, während die Kerninflationsrate 3,1% erreichte (jeweils zum Jahresende).

Der Anstieg der Produzentenpreise fiel im Jahresdurchschnitt 2001 mit 6,5% noch geringer aus als die Erhöhung der Konsumentenpreise. Zu dieser Entwicklung trugen insbesondere die gesunkenen Weltmarktpreise für Energie und andere industrielle Rohstoffe bei. So sanken z. B. im Jahresdurchschnitt 2001 die Preise für Erdöl und andere Raffinerieerzeugnisse um 1,8%, wohingegen sich chemische Produkte nach einer Preissenkung im vierten Quartal letzten Jahres im Jahresdurchschnitt um 2% verteuerten. Demgegenüber stiegen die Preise für Strom, Gas und Wasser im Jahresvergleich mit +16,6% am stärksten an.

Da administrative Preiserhöhungen im Vorfeld der Wahlen eher gering ausfallen dürften, kann für 2002 von einer weiteren Senkung der Inflationsrate

ausgegangen werden. Eine Ausnahme stellt hierbei die Anhebung der Produzentenpreise vor allem für Erdgas und Heizwärme dar. Mit Beginn dieses Jahres verteuerte sich Erdgas zunächst für Unternehmen um 19,3%. Für Haushalte werden die Preise für Erdgas erst Ende 2002 angehoben. Die Preise für Heizwärme erhöhten sich im Januar 2002 um 7%. Bei den Konsumentenpreisen kam es darüber hinaus zum Jahresbeginn zu einer überdurchschnittlichen Verteuerung der Post- und Telekommunikationsdienste; die Preissteigerungsrate lag hier im Zeitraum von Januar bis März dieses Jahres bei über 16% (verglichen mit der gleichen Vorjahresperiode). 2003 dürfte sich das Wachstum der Verbraucherpreise im Zuge der Preisliberalisierung im Energiebereich im Durchschnitt wieder erhöhen.

**Entwicklung der Konsumentenpreise (KPI),
der Produzentenpreise in Industrie (IPPI)
und der Landwirtschaft (LPPI),
in % (gleiche Vorjahresperiode = 100)**



Trotz der zurückgehenden Inflation hat die slowakische Zentralbank den Schlüsselzins für zweiwöchige Repo-Geschäfte im April dieses Jahres von 7,75% auf 8,25% erhöht. Die Entscheidung soll als Warnung vor einer zu ausgabenfreundlichen Fiskalpolitik dienen. Der Zins auf Einlagen der Geschäftsbanken wurde auf 6,5% von zuvor 6% heraufgesetzt, während der Refinanzierungssatz um 50 Basispunkte auf 9,5% erhöht wurde. Dafür spricht das Handelsbilanzdefizit, das auch im laufenden Jahr sehr hoch ausfallen dürfte. Antizipierte Reallohnerhöhungen, insbesondere im öffentlichen Dienst, könnten einen weiteren Anstieg vor allem der Importe von Konsumgütern verursachen. Insgesamt bleibt jedoch der Eindruck bestehen, dass sich die Zins- und Geldpolitik der Nationalbank eher an kurzfristigen Inflationszielen orientiert und weniger auf mittel- und langfristige Überlegungen ausgerichtet ist. Lediglich für das laufende Jahr formuliert die Nationalbank ein Inflationsziel, das mit 4% bis 4,5% angegeben wird.

Zwar wurde 2001 das geplante Staatshaushaltsdefizit (einschließlich der Aufwendungen für die Bankenrestrukturierung) von 4,8% des BIP mit 44,4 Mrd. Sk (4,6% des BIP) geringfügig unterschritten. So-

wohl die Einnahmen, die sich insbesondere infolge höherer Steuereinnahmen auf 205,4 Mrd. Sk belaufen, als auch die Ausgaben (249,7 Mrd. Sk) waren dabei höher als geplant. Gleichzeitig wurde das Defizit der konsolidierten Haushalte (unter Einbeziehung des Staatshaushalts, der Kommunen, der Renten- und Krankenversicherung sowie außerbudgetärer Fonds) nach vorläufigen Angaben des Finanzministeriums mit 3,2% des BIP, ohne Privatisierungseinnahmen mit 3,7% des BIP ausgewiesen. Ohne Berücksichtigung der Auszahlungen aus gewährten Krediten und erworbenen Gesellschaftsanteilen (netto) betrug das konsolidierte Haushaltsdefizit 5,6% des BIP. Gleichwohl deutet die jüngste Entwicklung makroökonomischer Politik wieder auf eine stärkere Vernachlässigung der fiskalischen Disziplin hin. Nach der Anfang 2000 zwischen der Slowakei und der EU getroffenen Vereinbarung zur Stabilisierung der Wirtschaft sollte das Defizit der öffentlichen Finanzen im letzten Jahr maximal 2,5% des BIP betragen und in den Folgejahren weiter stufenweise verringert werden.

Für 2002 rechnet die Regierung nach Angaben des Finanzministeriums mit Einnahmen in Höhe von 220 Mrd. Sk und Ausgaben in Höhe von 258 Mrd. Sk. Das Zentralbudgetdefizit würde demnach 38 Mrd. Sk, etwa 3,8% des BIP, betragen. Einschließlich der Aufwendungen für die Bankenrestrukturierung in Höhe von geschätzten 12,7 Mrd. Sk. dürfte sich die Finanzierungslücke folglich auf knapp über 5% des BIP erhöhen. Das erwartete Defizit der konsolidierten Haushalte liegt bei rund 37 Mrd. Sk (ca. 3,6% des BIP), wenn die Ausgaben für die Bankenrestrukturierung und die Zahlungen im Zusammenhang mit staatlichen Garantien nicht in die Rechnung einbezogen werden. Unter Berücksichtigung der Sanierungsaufwendungen für den Bankensektor dürfte das konsolidierte Haushaltsdefizit bereits auf knapp unter 5% des BIP steigen. Auf eine Fortsetzung der mangelnden Haushaltsdisziplin deuten vor diesem Hintergrund auch die geplanten starken Erhöhungen der Löhne im öffentlichen Sektor sowie der Ausgaben für den Straßenbau hin. Zudem droht eine Aufweichung der Budgetrestriktionen infolge der Ausweitung staatlicher Garantien an Staatsunternehmen, die im Falle der Inanspruchnahme de facto mit einem Transfer von Steuerzahlungen hin zu den staatlichen Unternehmen verbunden ist. Die mögliche Inanspruchnahme der Garantien birgt erhebliche Risiken in sich, da dies zukünftig zu einem abrupten Anstieg der Fiskaldefizite und der öffentlichen Verschuldung führen kann.

Obwohl das für 2002 angestrebte Haushaltsdefizit finanzierbar sein dürfte, ist es mittel- und langfristig nicht haltbar. Die slowakische Regierung sollte sich daher an ihrer Zielsetzung orientieren, Privatisierungseinnahmen nicht für laufende Ausgaben zu verwenden und ferner Maßnahmen implementieren, die das Defizit in Einklang mit dem Verhältnis der Verschuldung zum BIP bringen. Die Fortführung der

gegenwärtigen Haushaltspolitik dürfte auch hohe Ausgaben im Sozialbereich und Mindereinnahmen im außersteuerlichen Bereich zur Folge haben.

Außenwirtschaft

Die weltweite Wachstumsabschwächung und insbesondere die schwache Konjunktur in Westeuropa führte 2001 zu einer deutlich geringeren Nachfrage der betroffenen Länder nach Exportgütern auch aus der Slowakei. Nachdem sich der Export slowakischer Produkte im ersten Quartal 2001 mit einer nominalen Zuwachsrate von 24% sehr dynamisch entwickelt hatte, verlor das Exportwachstum seitdem allmählich an Schwung (zweites Quartal: 16,3%, drittes Quartal: 10,3%; jeweils gegenüber der gleichen Vorjahresperiode) und war im vierten Quartal sogar um nominal 0,8% geringer als im Vergleichszeitraum 2000. Im gesamten vergangenen Jahr verzeichneten die Exporte nach vorläufigen Angaben der Slowakischen Nationalbank einen Zuwachs von nominal 11,3% auf 610,7 Mrd. SK bzw. in USD von 6,4% auf 12,6 Mrd. USD.

Demgegenüber wiesen die Warenimporte sowohl für Produktions- und Investitionszwecke als auch für den Endkonsum aufgrund der erhöhten Binnen- nachfrage eine stark steigende Zuwachsrate auf. Trotz eines abgeschwächten Importwachstums im vierten Quartal (nominal +7% gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum) nahmen die Importe im gesamten Jahr 2001 bei fallenden Ölpreisen nach vorläufigen Angaben um nominal 20,9% auf 713,9 Mrd. SK zu (in USD um 15,5% auf 14,8 Mrd. USD). Importstimulierend wirkte sich dabei auch die sukzessive Reduzierung des im Juni 1999 eingeführten Importzuschlags von 7% auf zunächst 5% und später auf 3% bzw. seine Abschaffung im Januar dieses Jahres aus. Darüber hinaus regten die Reform der Unternehmenssteuer, die eine Verminderung der Abgabenlast nach sich zog, sowie günstigere Kreditzinsen, die die Investitionstätigkeit förderten, die Importe an. Verbunden mit einer fortgesetzten realen Aufwertung der Slowakischen Krone gegenüber dem EURO kam es in der Folge zu einer deutlichen Verschlechterung der Handelsbilanz. Das Handelsbilanzdefizit erhöhte sich 2001 im Vergleich zu 2000 um 61,5 Mrd. SK auf 103,2 Mrd. SK (10,7% des BIP), den historisch höchsten Stand.

Hinsichtlich der Produktstruktur des Außenhandels regte insbesondere das Wachstum der Industrieproduktion die Nachfrage nach Halbfertigerzeugnissen und Rohmaterialien aus dem Ausland an. Ihr Anteil am gesamten Importanstieg 2001 betrug 37,7%. Einfuhren aus der Warengruppe Maschinen, elektrische Ausrüstungen und Fahrzeuge hatten einen Anteil von 35,5% am Importwachstum. Die Unfähigkeit inländischer Produzenten, der gestiegenen Binnennachfrage in ausreichendem Maße zu begegnen, hat auch zu einem relativ starken

Anstieg der Konsumgüterimporte geführt. Die Einfuhren landwirtschaftlicher und industrieller Konsumprodukte inklusive Elektronikgüter, Maschinen und Autos trugen in Höhe von 27% zu dem Gesamtanstieg der Importe bei.

Die vergleichsweise geringe Zunahme der Exporte 2001 (etwa 50% des Volumanstiegs von 2000) ist auf die stagnierende und teilweise rückläufige Entwicklung traditioneller Exportbranchen der Slowakei zurückzuführen. Während das Volumen der Automobilexporte nach ihrem rasanten Zuwachs 2000 im vergangenen Jahr um nominal 4,2% gefallen ist und die Ausfuhren von Erdöl und verwandten Produkten stagnierten, verloren die Exporte von Eisen und Stahl (nominal +8,7%) sowie von Aluminium (nominal +6,2%) stark an Dynamik. Ein überdurchschnittlicher Exportanstieg konnte dagegen z.B. bei elektrischen Ausrüstungen für Maschinen und Kraftfahrzeuge (nominal +20,7%) und sonstigen Teilen (nominal +12,9%) sowie bei Radio-, TV- und Videogeräten (69,9%) erzielt werden.

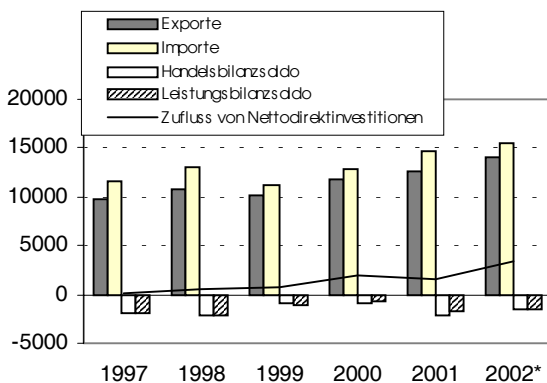
In regionaler Hinsicht erhöhte sich sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen der Handelsanteil der Slowakischen Republik mit der EU. Mit 60% der Exporte und 50% der Importe waren die Mitgliedsländer der Europäischen Union im Jahr 2001 die Haupthandelspartner der Slowakei. Mit Anteilen von 25% an den Einfuhren und 27% an den Ausfuhren blieb Deutschland dabei weiterhin der bedeutendste Einzelmarkt. Mit der Tschechischen Republik fand mit 15% der Importe und 17% der Exporte auch 2001 der größte Warenaustausch innerhalb der CEFTA-Region statt. Das mit Abstand größte Handelsbilanzdefizit (99,1 Mrd. SK) verzeichnete die Slowakische Republik indessen mit Russland, dem Lieferanten von Erdöl und Erdgas. Während der Anteil der Exporte nach Russland an den Gesamtexporten 1% ausmachte, betrug die Importe aus Russland 15% der Gesamteinfuhren.

In der Leistungsbilanz schlug sich die deutliche Verschlechterung der Handelsbilanzsituation bei einem Überschuss in der Dienstleistungsbilanz von 0,5 Mrd. USD nach vorläufigen Angaben der Slowakischen Nationalbank in einer alarmierenden Zunahme des Defizits auf 1,8 Mrd. USD bzw. 8,8% des BIP nieder – dies entspricht mehr als einer Verdoppelung im Vergleich zu 2000. Die Kapitalverkehrsbilanz schloss mit einem Plus von 1,7 Mrd. USD. Dabei konnten Direktinvestitionen im letzten Jahr nur teilweise das Defizit der Leistungsbilanz ausgleichen. Das Nettovolumen ausländischer Direktinvestitionen erreichte nach vorläufigen Angaben der Slowakischen Nationalbank rund 1,5 Mrd. USD (2000: 2,1 Mrd. USD). Darüber hinaus kam es insgesamt zu einer Finanzierung durch kurzfristige Kredite, die tendenziell eine höhere Volatilität als Direktinvestitionen aufweisen, da sie vergleichsweise rasch wieder aus dem Land abgezogen werden können. Von den ausländischen Direktinvestitionen entfielen rund 50% auf Privatisierungsmaßnahmen, von denen der we-

sentliche Teil auf die Privatisierung der zwei größten Banken – VUB und Slovenska sporitelna – entfiel. Der Anstieg ausländischer Nettokapitalbeteiligungen (außerhalb von Privatisierungsaktivitäten) erreichte 47% des in 2000 erzielten Volumens.

Auch für das laufende Jahr wird sowohl von einem hohen Handelsbilanzdefizit als auch von einem hohen Leistungsbilanzdefizit ausgegangen. Die schlechte Außenhandelsentwicklung setzte sich im ersten Quartal dieses Jahres fort. Während nach vorläufigen Angaben des statistischen Amtes die Exporte gegenüber dem ersten Quartal 2001 um nominal 3,8% gefallen sind, sanken die Importe im selben Zeitraum nominal um 2,8%. In Abhängigkeit von der Wachstumskraft der USA und Westeuropas könnte sich der Außenbeitrag ab der zweiten Jahreshälfte 2002 geringfügig verbessern. Erst für 2003 kann eine Entlastung der Situation erwartet werden. Infolge der kürzlich abgeschlossenen Privatisierung von SPP, dem staatlichen Gasunternehmen, wird aber in diesem Jahr der Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen das Leistungsbilanzdefizit übersteigen.

Handels- und Leistungsbilanz, Zufluss von Nettodirektinvestitionen in Mio. USD



* Prognose.

Institutioneller Wandel und wirtschaftspolitische Aussichten

Mit dem Verkauf von 49% der Anteile des staatlichen Gasunternehmens SPP, wurde im März dieses Jahres die größte Privatisierung in der Geschichte der Slowakischen Republik vollzogen. Der Erlös von 2,7 Mrd. USD soll etwa zur Hälfte für die Rückführung der Staatsverschuldung und zur Hälfte für das Pensionssystem verwendet werden. Strategischer Investor ist das Konsortium der deutschen Ruhrgas, Gas de France und der russischen Gazprom. Der Mehrheitsanteil von 51% bleibt Eigentum des slowakischen Staates. Allerdings wird der Kauf aufgrund der Zahlungsschwierigkeit des russischen Erdgasunternehmens zunächst nur von Ruhrgas und Gas de France finanziert. Die Privatisierung von SPP ist

in den letzten Wochen zu einem Schlüsselthema in der slowakischen Politik avanciert. Gravierende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Koalition hinsichtlich der Höhe des zu veräußernden Minderheitsanteils sowie der Verteilung der Erlöse haben für Verschiebungen des Verkaufs und eine Krise in der Regierung gesorgt.

Zu Verzögerungen infolge politischer Unstimmigkeiten führte auch die Privatisierung des staatlichen Ölpipeline-Betreibers Transpetrol. Im Dezember 2001 einigte man sich schließlich auf den Verkauf von 49% der Anteile an das russische Unternehmen Yukos, einen strategischen Investor, der allerdings umstritten ist. Es wird befürchtet, dass der russische Ölproduzent eine Diversifikation zu kaspischen Quellen behindern wird. Die Veräußerung von jeweils 49% der Anteile an den drei regionalen Stromversorgern VSE, SSE und ZSE steht indessen immer noch aus und wird voraussichtlich erst nach den Wahlen im September 2002 entschieden. Die Privatisierungskommissionen haben im April dieses Jahres vorab unverbindliche Empfehlungen abgegeben, die zugunsten des deutschen Stromkonzerns E.ON hinsichtlich des Erwerbs von ZSE sowie zugunsten des deutschen RWE-Konzerns im Hinblick auf den Kauf von VSE ausgefallen sind. Die Empfehlung des Komitees über SSE steht noch aus.

Im Zuge der Bankenprivatisierung erhielt Anfang 2001 die österreichische Erste Bank, die zuvor die tschechische Sparkasse Ceska Sporitelna übernommen hatte, die Mehrheit (87,18%) der nach der Bilanzsumme führenden slowakischen Sparkasse SLSP. Im November letzten Jahres wurde auch der Verkauf von 92,6% der Anteile der großen slowakischen Bank IRB an die ungarische OTP Bank genehmigt. Darüber hinaus wird die italienische Bank Intesa BCI die bedeutende slowakische Kreditbank VUB vom Staat übernehmen. Die Banken wurden im Vorfeld der Privatisierung von der Regierung von faulen Krediten (insgesamt über 100 Mrd. Sk) bereinigt und rekapitalisiert (insgesamt 18,9 Mrd. Sk). Während mit der noch ausstehenden Veräußerung der slowakischen Postbank der Privatisierungsprozess des Bankensektors abgeschlossen sein wird, hat sich die Implementierung einer professionellen Bankenaufsicht wiederholt verzögert.

Die mit dem Regierungswechsel im September 1998 einhergegangene politische und wirtschaftliche Kurswende der Slowakischen Republik unter der Führung von Ministerpräsident Dzurinda hat das Land aus der Isolation befreit und an die NATO und die EU herangeführt. Die angestrebte EU-Integration im Rahmen der zweiten Beitrittsrunde scheint erreichbar. Ende März 2002 gelang es, das 23. Kapitel (Besteuerung) abzuschließen. Darüber hinaus hat die EU der Slowakei in diesem Jahr rund 43,5 Mio. EURO für Maßnahmen im Rahmen ihrer Beitrittsvorbereitungen zugesichert, von denen ein Teil für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Roma sowie für die Entwicklung des Industrieparks

vorgesehen ist. Im Rahmen der Heranführung des Agrarsektors hat die EU der Slowakei weitere Finanzhilfen in Höhe von jährlich 18,6 Mio. EURO bis 2006 genehmigt. Die Angleichung der slowakischen Umweltstandards an das Unionsniveau soll ein für die Periode von 1999 bis 2008 geplantes Investitionsvolumen von 4,8 Mrd. EURO beschleunigen. Diese Summe setzt sich aus staatlichen Geldern sowie aus Finanzmitteln der Privatwirtschaft und der EU zusammen. Damit würde der Gesamtanteil der Umweltausgaben am BIP von derzeit 1,7% auf 2,5% bis 2008 steigen.

Insgesamt stellte die EU-Kommission der Slowakischen Republik in ihrem letzten Fortschrittsbericht im Hinblick auf den EU-Beitritt gute Noten aus. Bezüglich der politischen Kriterien erfülle die Slowakei die Voraussetzungen von Kopenhagen. Weitere Anstrengungen seien vor allem im Kampf gegen die weitverbreitete Korruption und die Diskriminierung der Minoritäten notwendig. Bezüglich der wirtschaftlichen Kriterien kam die Kommission zu der Schlussfolgerung, dass die Slowakei mittelfristig in der Lage sein dürfte, dem Wettbewerbsdruck innerhalb der Union standzuhalten. Dafür seien jedoch deutliche Fortschritte insbesondere bei der Haushaltskonsolidierung und weiteren Strukturreformen sowie der Verstärkung der Bankenaufsicht erforderlich. Im Hinblick auf die geplante Osterweiterung der NATO spricht ebenfalls einiges dafür, dass die Slowakei in der nächsten Beitrittsstufe dabei sein wird.

Allerdings bleibt vor allem die politische Entwicklung weiterhin ein Risikofaktor für die Fortsetzung des Reformpfades und den Beitritt der Slowakischen Republik in die EU und die NATO. Umfragen im Vorfeld der im September dieses Jahres stattfindenden Parlamentswahlen deuten auf eine Regierungsübernahme der oppositionellen Partei HZDS von Expremier Meciar hin. Repräsentanten der NATO und der EU haben zum Ausdruck gebracht, dass eine Regierungsbeteiligung von Meciar den Beitritt in beide Organisationen verzögern oder sogar verhindern würde.

Wachsende Unstimmigkeiten in der Regierung, Korruptionsvorfälle sowie der jüngste Rücktritt der international anerkannten Finanzministerin Schmögnerova haben das Vertrauen der Wähler in die Koalitionsparteien stark beschädigt. Innerhalb der Regierung wurde in den letzten Monaten auch die Position des Ministerpräsidenten Dzurinda stark geschwächt; und vorgezogene Wahlen erschienen zwischenzeitlich nicht ausgeschlossen. Unterschiedliche Vorstellungen des breiten Koalitionsbündnisses, das rechte Christdemokraten und Vertreter der ungarischen Minderheit ebenso wie Sozialdemokraten und post-kommunistische Sozialisten umfasst, drohen den wirtschaftspolitischen Reformprozess zunehmend zu beeinträchtigen.

ALEXANDRA REPPEGATHER

Slowakische Republik

Fläche: 49,0 Tsd. km²; Bevölkerung: 5,40 Mio.

Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1997	1998	1999	2000	2001*	2002**
Wirtschaftsleistung							
Bruttoinlandsprodukt							
BIP, nominal	Mrd. Sk	686,1	750,8	815,3	887,2	964,6	1000
BIP, nominal	Mrd. USD	20,4	21,3	19,7	19,2	20,0	20,5
BIP, real	Veränd. gg. Vorj., %	6,2	4,1	1,9	2,2	3,3	3,5
BIP pro Kopf	USD,						
	amtl. Wechselkurs	3791	3969	3646	3560	3675	.
	Kaufkraftparität	9437	9766	10125	11490	11660	.
BIP	1989=100 ²	100,3	104,4	106,3	108,6	112,2	116,1
Industrie	1989=100 ²	75,3	77,9	75,2	82,0	87,6	.
Produktionsentwicklung, real							
Industrie	Veränd. gg. Vorj., %	1,7	3,4	-3,4	9,1	6,9	5,5
Landwirtschaft	Veränd. gg. Vorj., %	-1,0	-5,9	-1,8	-6,7	.	.
Bauwesen	Veränd. gg. Vorj., %	9,2	-3,5	-25,8	-0,4	0,8	.

Slowakische Republik – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1997	1998	1999	2000	2001*	2002**
Struktur laut VGR							
Industrie ¹	% des BIP	27,6	26,8	28,2	28,3	27,4	.
Land-, Forst- und Fischereiwirt. ¹	% des BIP	4,8	4,6	4,9	4,9	4,9	.
Bauwesen ¹	% des BIP	6,1	5,5	3,8	3,1	3,1	.
Dienstleistungen ¹	% des BIP	61,5	63,1	63,1	63,7	64,6	.
Anteil des Privatsektors	% des BIP	82,6	82,4	83,6	83,5	83,6	.
Anteil des Privatsektors	% der Industrieprod.	73,2	78,1	78,9	76,6	79,2	.
Anteil des Privatsektors	% der Beschäftigten	66,1	67,8	68,1	68,6	.	.
Investitionen							
Brutto-Anlageinvestitionen	reale Veränd. gg. Vorj., %	12,0	11,1	-18,8	-0,7	11,6	8,5
Investitionsquote lt. VGR	% des BIP, real	31,8	36,4	32,3	32,2	34,7	.
Zufluss von Direktinvest., netto ³	Mio. USD	106	431	728	2058	1460	3500
darunter aus Deutschland	Mio. EUR	74	162	115	912	221	.
Arbeitsmarkt							
Beschäftigte, JD	Mio. Personen	2,21	2,20	2,13	2,10	2,12	.
in der Industrie	% d. Besch.	30,3	30,1	29,6	29,3	29,6	.
im öffentl. Sektor	Mio. Personen	0,75	0,71	0,68	0,66	.	.
Arbeitslosenquote, JE	% (NLO-Def.)	12,5	15,6	19,2	17,9	18,6	18,5
Geldmengen- und Preisentwicklung							
Geldmenge M2, JE	Veränd. gg. Vorj., %	8,8	2,5	10,9	14,0	11,8	.
Zinssatz, jährl., JE	%, Rediskontsatz	8,8	8,8	8,8	8,8	8,8	8,25
Realzins ⁴ (PPI, lfd. Jahr), JD	%, jährl. aufg. Kredite	13,3	15,5	12,6	1,8	2,6	.
Inflationsrate							
Konsumgüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	6,1	6,7	10,6	12,0	7,3	4,5-5
Konsumgüterpreise, JE	Veränd. gg. Vorj., %	6,4	5,6	14,2	8,4	6,5	5
Industriegüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	4,5	3,3	3,8	9,8	6,5	.
Einkommen und Verbrauch							
Bruttolöhne, nominal, JD	Veränd. gg. Vorj., %	12,3	9,6	7,2	6,5	8,2	.
Bruttolöhne, real, JD	Veränd. gg. Vorj., %	6,6	2,7	-3,1	-4,9	0,8	3
Privater Verbrauch, real lt. VGR	Veränd. gg. Vorj., %	5,6	5,3	0,1	-3,4	4,0	.
Einzelhandelsumsatz, real	Veränd. gg. Vorj., %	4,6	8,6	9,8	2,3	4,5	.
Sparquote (priv. Haushalte) ⁶	% des verf. Eink.	13,1	12,7	12,3	12,7	10,8	.
Lebensstandard							
Monatslohn, JD	USD,						
brutto	amtl. Wechselkurs	274	284	259	247	256	.
brutto	Kaufkraftparität	683	698	719	727	767	.
Mindestlohn/Bruttodurchschn.-lohn	%	29,3	30,0	32,2	35,0	39,6	.
Altersrente/Bruttodurchschn.-lohn	%	42,3	42,4	43,0	43,8	47,0	.
Öffentliche Haushalte (konsolidiert⁸)							
Einnahmen	Mrd. Sk	272,2	279,5	318,3	326,7	351,7	.
Ausgaben	Mrd. Sk	302,4	313,9	347,5	356,5	387,5	.
Budgetsaldo	Mrd. Sk	-30,2	-34,4	-29,2	-29,8	-35,8	-36,8
Budgetsaldo	% des BIP	-4,4	-4,6	-3,6	-3,4	-3,7	-3,6
Staatsverschuldung	% des BIP	21,8	23,7	23,6	25,1	28,3	.
Außenwirtschaft							
Außenhandel insgesamt (fob)							
Export	Mio. USD	9693	10775	10246	11870	12632	14000
Import	Mio. USD	11622	13006	11245	12786	14766	15500
Handelsbilanzsaldo	Mio. USD	-1929	-2231	-999	-916	-2135	-1500

Slowakische Republik – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1997	1998	1999	2000	2001*	2002**
Anteile wichtiger Handelspartner							
Export nach							
EU	% der Exporte	47,1	55,8	59,5	59,1	59,9	.
Deutschland	% der Exporte	23,7	28,9	27,7	26,8	27,0	.
GUS	% der Exporte	6,9	4,2	2,6	2,4	3,0	.
Russland	% der Exporte	3,5	1,9	1,0	0,9	1,0	.
CEFTA ⁹	% der Exporte	37,9	32,1	29,7	30,2	30,0	.
Import aus							
EU	% der Importe	44,0	50,4	51,7	48,9	49,8	.
Deutschland	% der Importe	19,8	25,9	26,2	25,0	24,7	.
GUS	% der Importe	16,4	12,1	13,6	18,8	16,6	.
Russland	% der Importe	13,5	9,9	12,0	17,0	14,8	.
CEFTA ⁹	% der Importe	27,6	25,1	23,4	21,4	22,5	.
Handel mit Deutschland							
Deutsche Ausfuhr	Mio. EUR	2334	3076	2842	3324	3927	.
Deutsche Einfuhr	Mio. EUR	2138	3088	3196	3421	4179	.
Deutscher Handelssaldo	Mio. EUR	196	-12	-354	-96	-252	.
Gesamtwirtschaftl. Auslandsposition¹⁰							
Leistungsbilanzsaldo	Mio. USD	-1952	-2063	-1148	-713	-1756	-1500
	% des BIP (USD)	-9,6	-9,7	-5,8	-3,7	-8,8	-7,3
Währungsreserven, ges., JE, alte Methode	Mrd. USD	6,5	6,1	6,4			
Währungsreserven, ges., JE, neue Methode	Mrd. USD	.	.	4,4	5,6	5,4	.
Währungsreserven der NBS, JE	Mrd. USD	3,3	2,9	3,4	4,1	4,2	.
Wechselkurse, JD	Sk/USD	33,62	35,24	41,42	46,20	48,35	48,7
	Sk/EUR			44,12	42,59	43,31	43
Realer Wechselkurs zum USD ⁵	Veränd. gg. Vorj., %	-4,7	1,0	-12,1	-6,9	0,1	.
Realer Wechselkurs zum EURO ⁵	Veränd. gg. Vorj., %	.	.	.	8,3	1,6	.
Auslandsverschuldung,							
brutto, Dez., alte Methode	Mrd. USD	9,9	11,9	12,5			
brutto, Dez., neue Methode	Mrd. USD			10,5	10,8	11,3	11,9
netto, Dez.	Mrd. USD	3,1	5,5	6,2	2,9	2,8	.
brutto, alte Methode	% des BIP	48,5	55,9	63,6			
brutto, neue Methode	% des BIP			53,4	56,3	56,5	58
Schuldenquote, brutto, alte Methode	% der Exporte	102,1	110,4	122,2			
Schuldenquote, brutto, neue Methode	% der Exporte			102,5	91,0	89,5	.
Schuldendienstquote	% der Exporte	15,1	14,7	16,2	12,4**	.	.

Anmerkungen: * = z. T. vorläufige Werte; ** = Prognose; JD = Jahresdurchschnitt; JE = Jahresende.

¹ real; ² Jahr vor dem ersten, deutlichen transformationsbedingten Einbruch; ³ 2000 ohne reinvestierte Gewinne; ⁴ für neu vergebene Kredite der Geschäftsbanken; ⁵ auf der Basis der ind. Produzentenpreise; ⁶ Änderung der Bruttoersparnisse in % des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte; ⁷ Anteil der Haushalte mit höchstens 50% des Durchschnittsnettoeinkommens je Haushaltsmitglied; ⁸ Staats- und kommunale Haushalte, einschl. zentraler außerbudgetärer Fonds, zzgl. Renten- und Krankenversicherung, 2001: ohne Privatisierungseinnahmen; ⁹ CEFTA umfasst durchgehend die gegenwärtig sieben CEFTA-Mitglieder; ¹⁰ die Unterscheidung zwischen „neuer“ versus „alter“ Berechnungsmethode bei den gesamten Währungsreserven und der Auslandsverschuldung berücksichtigt die Abschaffung (im Februar 1999) der 1996 eingeführten Pflicht der Geschäftsbanken, andere als für Handelszwecke gehaltene Deviseneinlagen zu einem bestimmten Prozentsatz (zuletzt 80%) durch Devisenaktiva in der gleichen Bank zu decken. In Folge sanken die Devisenreserven und -verbindlichkeiten der Geschäftsbanken um 2 Mrd. USD, die Nettoposition des Bankensektors blieb unverändert.

Quellen: Aktuelle und revidierte Statistiken des Slowakischen Statistischen Amtes und der Slowakischen Nationalbank; Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen und Schätzungen.